

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2026

Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrer aktuellen Gemeinschaftsdiagnose die Wachstumsprognose für Deutschland merklich nach unten korrigiert. Das Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland soll um 0,6 Prozent in diesem Jahr und um 0,9 Prozent im kommenden Jahr zunehmen. Im Herbst 2025 hatten die Institute noch Wachstumsraten von 1,3 Prozent für 2025 und 1,4 Prozent für 2026 erwartet. Grund für die Revision sind die kräftig gestiegenen Energiekosten infolge des Iran-Kriegs, welche die im vergangenen Jahr eingesetzte langsame konjunkturelle Erholung dämpft. Ein stärkerer Bremseneffekt wird durch die öffentlichen Ausgaben verhindert.

1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Phase gedämpften Wachstums. Nach den Verwerfungen der vergangenen Jahre (Pandemie, Energiekrise, geopolitische Spannungen) hat sich die globale Konjunktur zwar stabilisiert, die wirtschaftliche Dynamik bleibt im langfristigen Blick jedoch schwach. Der Welthandel entwickelt sich ebenfalls nur verhalten. Handelshemmnisse, geopolitische Spannungen und eine zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft wirken dämpfend.

Die Entwicklung in den großen Wirtschaftsregionen ist heterogen. Die US-Wirtschaft zeigt sich immer noch vergleichsweise robust. Die Konjunktur wird vom stabilen Arbeitsmarkt und dem privaten Konsum gestützt. China hingegen verzeichnet ein verlangsamtes Wachstum infolge anhaltender struktureller Probleme insbesondere im Immobiliensektor. Der Euroraum bleibt schwach. Insbesondere die Industrie leidet unter hohen Kosten und strukturellen Herausforderungen.

Die geopolitischen Konflikte und insbesondere der Iran-Krieg haben zu einem kräftigen Anstieg der Energiepreise geführt, was sowohl Unternehmen als auch Konsumenten belastet. Die hohe Unsicherheit dämpft die Investitionsneigung zusätzlich. Um dem Inflationsdruck entgegenzuwirken, werden die Zentralbanken eine restriktivere Geldpolitik verfolgen, was die Finanzierungsbedingungen für Investitionen verschlechtert. Somit bleibt die wirtschaftliche Entwicklung verhalten.

Die Institute unterstellen, dass sich die Versorgung mit Energieträgern aus der Golfregion spätestens im Sommer wieder normalisiert. Von daher ist im späteren prognosezeitraum wieder mit einer leichten Belebung der globalen Konjunktur zu rechnen. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die US-Zollpolitik. Hier gehen die Institute davon aus, dass der effektive US-Importzollsatz sich nicht wesentlich verändert, Planungsunsicherheit wird aber kaum gegeben sein.

Positive Impuls erhält die Weltwirtschaft vom Technologiesektor. Vor allem der KI-Boom sorgt sowohl für Investitionen in Ausrüstungen und Software als auch in Rechenzentren und Infrastruktur. Alles in allem prognostizieren die Institute für 2026 und 2027 ein globales Wirtschaftswachstum von jeweils 2,5 Prozent. 2025 hatte das globale Wirtschaftswachstum 2,8 Prozent betragen. Dabei sollen die fortgeschritten Volkswirtschaften um 1,7 Prozent (2026) bzw. 1,6 Prozent (2027) wachsen, in den Schwellenländern werden die Wachstumsraten bei 4,0 bzw. 4,1 Prozent liegen.

Tabelle 1

Prognosen für ausgewählte Länder und Regionen

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gg. Vorjahr

	2025	2026	2027
EU-27	+1,6%	+1,2%	+1,4%
Frankreich	+0,9%	+0,9%	+1,0%
Italien	+0,7%	+0,5%	+0,8%
Spanien	+2,8%	+2,4%	+1,8%
Österreich	+0,6%	+0,8%	+1,3%
Polen	+3,6%	+3,6%	+3,0%
Tschechien	+2,6%	+2,4%	+2,4%
Ungarn	+0,3%	+1,7%	+2,4%
Vereinigtes Königreich	+1,3%	+0,7%	+1,2%
Schweiz	+1,3%	+0,8%	+1,4%
USA	+2,2%	+2,3%	+1,9%
Lateinamerika	+2,0%	+1,9%	+2,2%
Japan	+1,2%	+0,4%	+0,7%
China	+4,9%	+4,5%	+4,4%
Indien	+7,5%	+6,5%	+6,6%
Ostasien (ohne China)	+4,8%	+4,4%	+3,9%

2. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Nach einem mehrjährigen Abschwung hat im Verlauf des vergangenen Jahres eine langsame konjunkturelle Erholung in Deutschland eingesetzt. Diese wurde vor allem von der Binnenwirtschaft getragen. Der durch den Iran-Krieg ausgelöste Energiepreisschock dämpft diese Erholung, da er sowohl die Kaufkraft der Konsumenten schwächt als auch die Kosten der Unternehmen erhöht. Die expansive Fiskalpolitik in Form der beiden Sondervermögen verhindert jedoch, dass die konjunkturelle Erholung vollständig zum Erliegen kommt.

Die Institute prognostizieren für 2026 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland von 0,6 Prozent, wobei 0,2 Prozentpunkte auf die höhere Anzahl von Arbeitstagen zurückzuführen ist. Im Herbst 2025 waren die Institute noch von einem BIP-Wachstum von 1,3 Prozent ausgegangen. Auch für 2027 wurde die Prognose gesenkt: von +1,4 auf +0,9 Prozent.

In der Prognose ist unterstellt, dass die Energiepreise im Jahresverlauf 2026 wieder sinken, aber längerfristig über dem Vor-Kriegsniveau bleiben. Konkret geht die Prognose von folgenden Annahmen aus:

- Ölpreis je Barrel (Brent): 91,0 US-\$ in 2026; 80,3 US-\$ in 2027 (nach 68,0 US-\$ in 2025)
- Strompreis je MWh (Phelix): 108,1 € in 2026; 102,3 € in 2027 (nach 89,4 € in 2025)
- Gaspreis je MWh (TTF): 53,6 € in 2026; 45,9 € in 2027 (nach 36,7 € in 2025)
- Wechselkurs: 1,15 US-\$ je € in 2026 und 2027 (nach 1,13 US-\$ in 2025)
- Hauptrefinanzierungssatz der EZB: 2,90 Prozent bis Ende 2027 (nach 2,15 Prozent Ende 2025)
- Einlagesatz der EZB: 2,80 Prozent bis Ende 2027 (nach 2,00 Prozent Ende 2025)

Das größte Prognoserisiko stellt der weitere Verlauf des Iran-Kriegs dar. Neben noch stärker steigenden Energiepreisen sind bei einer längeren Blockade der Straße von Hormus auch Probleme in den Lieferketten möglich. Diese könnten verstärkt werden, wenn Versorgungsengpässe mit Energie die Produktion von industriellen Vorprodukten in Asien beeinträchtigen. Ein weiteres Prognoserisiko ergibt sich aus den Unsicherheiten bezüglich der industriellen Transformation. Es ist unklar, in welchem Ausmaß der Rückgang bei Wertschöpfung und Beschäftigung in der Industrie auf konjunkturelle oder dauerhafte strukturelle Ursachen zurückzuführen ist.

Die Exporte sind 2025 infolge der US-Zölle, der Aufwertung des Euro sowie einer verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit gesunken. Im Prognosezeitraum 2026/2027 ist mit einer moderaten Erholung zu rechnen. Grund ist die anziehende weltweite Konjunktur, insbesondere in der Eurozone. Zudem ist keine weiter steigende Zollbelastung unterstellt. Belastend wirkt jedoch weiterhin der Wechselkurs. Folglich werden die Exporte im Jahresdurchschnitt 2026 nochmals minimal um 0,1 Prozent sinken, bevor sie 2027 um 1,3 Prozent zulegen. Die Importe entwickeln sich in beiden Jahren dynamischer – 2026 +1,4 Prozent, 2027 +2,1 Prozent –, was u.a. an der binnenwirtschaftlichen Belebung infolge der

Ausgaben aus den Sondervermögen liegt. Folglich wirkt der Außenhandel in beiden Prognosejahren negativ auf das BIP.

Die Ausrüstungsinvestitionen gingen 2025 zum dritten Mal in Folge zurück, was auch die kräftige Ausweitung der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen (Verteidigung) nicht verhindern konnte. Im Prognosezeitraum werden die öffentlichen Investitionen in Ausrüstungen weiter dynamisch wachsen. Bei den Unternehmen ist dagegen spätestens seit Ausbruch des Iran-Kriegs nicht mit einer zunehmenden Investitionsbereitschaft zu rechnen. Erst im kommenden Jahr ist im Zuge der höheren Nachfrage aus dem Ausland auch wieder mit wachsenden Unternehmensinvestitionen in Maschinen und Ausrüstungen zu rechnen. Insgesamt werden die (staatlichen und privaten) Ausrüstungsinvestitionen 2025 um 0,5 Prozent und 2026 um 3,4 Prozent ausgeweitet werden.

Auch die Bauinvestitionen gingen 2025 zum dritten Mal in Folge zurück, der Wohnungsbau schrumpfte sogar das fünfte Jahr. Ähnlich wie bei den Ausrüstungsinvestitionen kommen auch die wesentlichen Impulse von den öffentlichen Investitionen, die 2025 um 3,1 Prozent und 2026 um 4,0 Prozent steigen werden. Doch auch der gewerbliche Bau und der Wohnungsbau sollen in beiden Prognosejahren wieder zulegen. Ersterer profitiert vor allem vom Ausbau der Energienetze und den Investitionen in Rechenzentren, während der klassische Bau von Fabrik- und Lagerhallen schwach sein wird. Der Wohnungsbau profitiert von den zumindest vorübergehend wieder besseren Finanzierungsbedingungen. Insgesamt sollen die Bauinvestitionen 2025 und 2026 um jeweils 1,7 Prozent steigen.

Der private Konsum trug neben den Staatsausgaben im vergangenen Jahr positiv zum Wachstum bei. Für den Prognosezeitraum haben sich die Aussichten jedoch infolge des Iran-Kriegs wieder verschlechtert. Im laufenden Jahr werden die gestiegenen Energie- und Kraftstoffpreise direkt die Inflation erhöhen, im kommenden Jahr sind dann Folge- und Zweitrundeneffekte für die Preissteigerungen verantwortlich. Für 2026 wird eine Inflationsrate von 2,8 Prozent erwartet, für 2027 eine Preissteigerung von 2,9 Prozent. Bei einem Anstieg der nominal verfügbaren Einkommen von 3,1 Prozent in diesem und von 3,5 Prozent im kommenden Jahr bedeutet dies einen Anstieg der Realeinkommen von 0,3 bzw. 0,6 Prozent. Unter Berücksichtigung einer angepassten Sparquote wird der private Konsum in beiden Jahren um jeweils 0,4 Prozent zulegen.

Angesichts der ausgebremsten konjunkturellen Erholung verzögert sich auch die Aufhellung am Arbeitsmarkt. Im Gegensatz zu ihrer Herbstprognose erwarten die Institute für 2026 einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt soll die Zahl um 54.000 auf 3,002 Millionen steigen. Erst 2026 wird die Zahl wieder sinken – im Jahresdurchschnitt um 66.000 auf 2,937 Millionen. Das entspricht Arbeitslosenquoten von 6,4 Prozent in 2026 und 6,2 Prozent in 2027. 2025 hatte die Quote bei 6,3 Prozent gelegen.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird der Prognose zufolge im Jahresdurchschnitt 2026 um 100.000 auf 45,731 Millionen sinken, bevor sie 2027 wieder um 42.000 auf 45,773 Millionen ansteigt. Einer stärkeren Erholung im kommenden Jahr steht die demografische Entwicklung entgegen.

3. Wirtschaftspolitische Empfehlungen

Die Forschungsinstitute machen einmal mehr deutlich, dass die aktuellen wirtschaftlichen Probleme Deutschlands struktureller Natur sind. Deshalb sind langfristig angelegte Reformen notwendig, die das Wachstumspotenzial stärken. Nach derzeitigem Stand kommt das Potenzialwachstum, das derzeit gerade mal +0,2 Prozent beträgt bis 2023 zum Erliegen. Verantwortlich ist die demografisch bedingte Verknappung des Arbeitskräfteangebots sowie ein nur schwacher Anstieg der Produktivität.

Die Institute betonen die Notwendigkeit einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Statt kurzfristiger wirtschaftspolitischer Eingriffe sind verlässliche Rahmenbedingungen, funktionierende Märkte und strukturelle Reformen notwendig. Deutschland leidet unter zu vielen regulatorischen Hemmnissen, die Investitionen und Innovationen bremsen. Deshalb sollten bürokratische Hürden abgebaut und die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert werden. Gleichzeitig müsse die Politik Anreize setzen, damit mehr gearbeitet wird – etwa durch Reformen im Steuer- und Transfersystem und verbesserte Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Angesichts der aktuellen Energiepreisthematik sprechen sich die Institute gegen staatliche Eingriffe zur Senkung der Energiepreise aus, weil dadurch wichtige Preissignale verzerrt werden. Stattdessen sollten besonders betroffene Haushalte gezielt durch sozialpolitische, nicht zweckgebundene Transfers entlastet werden.

4. Spezialthema: Arbeitszeit in Deutschland

In einem Sonderkapitel befassen sich die Wirtschaftsforschungsinstitute mit den Ursachen und Folgen der rückläufigen Arbeitszeiten in Deutschland. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die hohe und steigende Teilzeitquote – vor allem bei Frauen, als Folge eines veränderten Rollenverständnisses aber zunehmend auch bei Männern. Hinzu bremst das Steuer- und Transfersystem die Arbeitsanreize: Hohe Grenzsteuersätze machen zusätzliche Arbeitsstunden vor allem für Zweitverdiener finanziell wenig attraktiv. Außerdem begrenzen strukturelle Faktoren wie unzureichende Kinderbetreuung oder eingeschränkte Arbeitszeitflexibilität die faktischen Möglichkeiten, mehr zu arbeiten.

Eine weitere Ursache für die rückläufigen Arbeitszeiten sind strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt. Beschäftigung wächst vor allem in (Dienstleistungs-)Branchen mit geringerer durchschnittlicher Arbeitszeit, während Industriearbeitsplätze mit längeren Arbeitszeiten an Bedeutung verlieren. Hinzu kommt der demografische Wandel hin zu mehr älteren Beschäftigten, die tendenziell weniger Stunden arbeiten.

Die wirtschaftlichen Folgen sind erheblich: Das Arbeitsvolumen ist eine zentrale Grundlage für das Produktionspotenzial. Deshalb dämpft die sinkende durchschnittliche Arbeitszeit das langfristige Wachstum. Selbst wenn die Erwerbsbeteiligung steigt, wird dieser Effekt zunehmend durch die geringere Arbeitszeit pro Person überlagert.

Tabelle 2

Eckdaten der Prognose für Deutschland

Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent, sofern nicht anders angegeben

				2026		2027	
	2025	2026	2027	1.HJ	2.HJ	1.HJ	2.HJ
Bruttoinlandsprodukt	+0,2	+0,6	+0,9	+0,3	+1,0	+1,0	+0,9
Privater Konsum	+1,6	+0,4	+0,4	+0,7	+0,2	+0,2	+0,7
Staatlicher Konsum	+1,3	+2,4	+2,2	+2,4	+2,3	+2,2	+2,3
Ausrüstungsinvestitionen	-1,9	+0,5	+3,4	-0,3	+1,3	+3,6	+3,3
Bauinvestitionen	-0,6	+1,7	+1,7	+0,5	+2,8	+2,4	+1,1
Sonstige Anlageinvestitionen	+3,8	+3,8	+3,6	+3,9	+3,8	+3,6	+3,6
Exporte	-0,4	-0,1	+1,3	-1,2	+1,0	+1,4	+1,3
Importe	+3,6	+1,4	+2,1	+1,5	+1,2	+1,9	+2,3
Exportüberschuss, nominal in Mrd.€	105,3	55,9	52,7	41,2	14,7	34,4	18,3
Produktivität je Stunde	+0,4	+0,4	+0,6	+0,2	+0,6	+0,8	+0,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,2	+0,14	+0,3	+0,3	+0,6	+0,2	+0,4
Unternehmens- u- Vermögenseink.	-1,4	+0,5	+5,3	-0,5	+1,5	+3,7	+6,9
Arbeitnehmerentgelt	+5,1	+3,4	+3,6	+3,8	+3,0	+3,5	+3,7
Bruttolöhne u. -gehälter	+4,6	+3,4	+3,5	+3,8	+2,9	+3,4	+3,6
.....je Beschäftigten	+4,5	+3,5	+3,4	+4,0	+3,1	+3,4	+3,3
Sparquote (in % des Einkommens)	10,3	10,1	10,2	11,1	9,2	11,1	9,3
	2025	2026	2027				
Verbraucherpreise	+2,2	+2,8	+2,9				
Erwerbstätige im Inland (in Mio.)	45,982	45,882	45,924				
Arbeitslose (in Mio.; BA-Definition)	2,948	3,002	2,937				
Arbeitslosenquote (BA-Definition)	6,3%	6,4%	6,2%				

Ansprechpartner

Volker Leinweber, Elias Kerperin

Abt. Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133 / -422

volker.leinweber@vbw-bayern.de elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de